

# Kommunalwahlen in Chile

**Im Kontext einer makro-ökonomisch verbesserten Wirtschaftslage sowie einer angespannten innenpolitischen Lage erfolgten am 29. Oktober Kommunalwahlen in den 341 Gemeinden des Landes, bei denen die Oppositionsparteien dank einer disziplinierten Wahlstrategie deutliche Zugewinne verzeichnen konnten, während die Regierungskoalition „Concertación“ in mehreren wichtigen Kommunen empfindliche Niederlagen hinnehmen musste. Dennoch kann das landesweite Ergebnis der Concertación mit 52 Prozent nach über zehn Jahren Regierungsverantwortung als positives Signal gewertet werden.**

Eine rund zehn Tage vor der Kommunalwahl veröffentlichte Umfrage<sup>1)</sup> bescheinigte der Regierung des Präsidenten Ricardo Lagos einen leicht rückläufigen aber immer noch beachtlich hohen Zuspruch (61 Prozent gegenüber 67 Prozent im Mai) in der Bevölkerung. Bei der Bewertung der einzelnen Politiker befanden sich ebenfalls in dieser Umfrage nach wie vor Joaquín Lavín (ehemaliger Präsidentschaftskandidat und Kandidat für das Bürgermeisteramt von Santiago-Mitte, UDI) und Soledad Alvear (Außenministerin, PDC) an der Spitze, allerdings mit einem klaren Votum für Joaquín Lavín bei der Frage nach den Politikern mit den meisten Zukunftsperspektiven (hier macht sich der Kandidatenbonus offenbar bemerkbar).

Dieses Ergebnis ist insofern beachtlich, als sich die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen nicht wesentlich gebessert haben und die „Schonfrist“ für die neue Regierung abgelaufen war.

Der wirtschaftliche Aufschwung spiegelt sich zwar in den Wachstumszahlen wieder (das für das Jahr 2000 angepeilte Volumen von fünf bis sechs Prozent erscheint angesichts der jüngsten Zahlen aus dem Monat August als realistisch, auch wenn man berücksichtigen muss, dass der Vergleich zum Vorjahr, also inmitten der wirtschaftlichen Depression des Jahres 1999 erfolgte).

Demgegenüber bleiben allerdings die Zahlen am Arbeitsmarkt bisher unverändert kritisch: Die Arbeitslosigkeit liegt weiterhin bei über zehn Prozent (10,6 Prozent im Quartal Juni-August), Entspannung ist demnach hier nicht in Sicht.

Die Wirtschaft investiert offensichtlich im Zuge der Reaktivierung im Bereich der Rationalisierung, was nun einmal alles andere als neue Arbeitsplätze bedeutet. Da fruchten auch flammende Appelle des Präsidenten an die Unternehmerschaft nichts, die er aufgerufen hatte, nun ihren Beitrag zur Reaktivierung zu leisten und wieder neue Arbeitskräfte einzustellen.

Die Wirtschaft hat sicher aus der Krise des Vorjahres gelernt und geht nun wesentlich zurückhaltender vor, sicher auch bedingt durch eine gewisse Grundskepsis gegenüber der Regierungspolitik allgemein und der Wirtschaftspolitik insbesondere.

Konkrete Anhaltspunkte für diese Skepsis gibt es im Grunde genommen nicht, wenn man einmal von einigen zögerlichen und wenig dynamisch vorgetragenen Initiativen wie der immer noch nicht definitiv gelösten Frage der Arbeitslosenversicherung absieht. Aber tief sitzende Animositäten gegenüber einem sozialistischen Präsidenten, dessen wirtschaftspolitische Vorstellungen allerdings klar marktfreundlich sind, scheinen offenbar doch eine gewisse Rolle bei der Zurückhaltung der Unternehmer zu spielen.

Neben diesen wirtschaftlichen Rahmendaten entwickelte sich wenige Wochen vor der Wahl die Diskussion um die Abfindungszahlungen in öffentlichen Unternehmen zu einem handfesten Skandal, der medienwirksam von der Opposition genutzt (z. T. auch inszeniert) und von der Regierung nicht gerade überzeugend gemanagt wurde.

Hintergrund sind die arbeitsrechtlich legalen Abfindungen, die an Arbeitnehmer generell bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses gezahlt werden, wobei das Gesetz einen Betrag von einem Monatsgehalt pro Dienstjahr mit einer Obergrenze von elf Jahren vorsieht.

Ausgehend vom Grundsatz, dass auch Angestellte auf Leitungsebene Ansprüche auf Leistungen haben, die gesetzlich festgeschrieben sind, reduzierte sich der vermeintlich massive „Skandal“ auf einige wenige Fälle, in denen Abfindungszahlungen von bis zu zwei Monatsgehältern pro Jahr gezahlt wurden (was insofern legal war, als dies in den entsprechenden Arbeitsverträgen ausdrücklich festgelegt und im übrigen in der freien Wirtschaft in Managementpositionen nicht unüblich ist), auch in Fällen, in

denen der Arbeitnehmer in einer anderen Position im Staatsdienst weiter arbeitete.

Alles legal, aber eben mit dem Geruch des Unanständigen behaftet, zumal die Beträge im Einzelnen doch beträchtlich waren, was gerade im Kontrast zu den Arbeitslosenzahlen für erheblichen Wirbel sorgte.

Von der Opposition medienwirksam kurz vor der Wahl als Frontalangriff gegen die Regierungskoalition genutzt, herrschte dort zunächst eine gewisse Panik, die sich in einer wenig überzeugenden Gegenwehr auswirkte. Etwas vorschnell wurde eine Liste mit den Namen und Beträgen der betroffenen Personen veröffentlicht, die sich jedoch schnell als falsch, zum Teil als unvollständig herausstellte.

Auch das Ultimatum des Präsidenten, die Betroffenen – müssten zurückzahlen oder zurücktreten, war politisch ausgesprochen riskant und kam letztlich einem Schuldeingeständnis gleich.

Prominenteste Opfer waren der Vater des Regierungsministers Alvaro García sowie einer der stellvertretenden Vorsitzenden der PDC, Marcelo Rodríguez (Erdölgesellschaft ENAP). Letzterer trat auch sofort von seinem Parteiamt zurück, was u.a. auf die deutlich erkennbare Sorge der PDC zurückzuführen war, den Flurschaden in ihren Reihen zu begrenzen.

In der ad hoc eingerichteten Untersuchungskommission der Abgeordnetenversammlung geht es seit mehreren Wochen heiß her, die verbalen Beschimpfungen (zum Teil live über den Kongress TV-Kanal zu verfolgen) gipfelten zuletzt (8. Oktober) in einer handfesten Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten der PDC und der UDI.

Auffällig lange brauchte die Regierung, um zum Gegenangriff überzugehen, obwohl die Argumente auf der Hand lagen: Bei einer rückwirkenden Betrachtung der Privatisierungswelle in den letzten Jahren des Militärregimes beispielsweise lassen sich genügend Fälle nachweisen, in denen eine persönliche Bereicherung mit staatlicher Begünstigung erfolgte. Diese Argumentation erfolgte jedoch erst nach gut zwei Wochen und konnte den Ansehensverlust in der Öffentlichkeit nicht mehr aufhalten.

Das Thema Pinochet rückte angesichts dieser Probleme deutlich in den Hintergrund. Der gesundheitliche Zustand des Generals verschlechterte sich wei-

ter (er musste wegen einer Lungenentzündung ins Krankenhaus eingeliefert werden und konnte demzufolge nicht an der Wahl teilnehmen). Der ermittelnde Richter Guzman hat inzwischen ärztliche Untersuchungen angeordnet, die über das rein psychologische Gutachten hinausgehen und auch den körperlichen Zustand berücksichtigen werden.

Dies wird von einigen Beobachtern als Indiz gewertet, dass eine Einstellung des Verfahrens aus gesundheitlichen Gründen immer wahrscheinlicher wird, wenngleich bisher lediglich die geistige Unzurechnungsfähigkeit als Grund für die Einstellung gelten kann.

Neuen Wirbel verursachten in Chile veröffentlichte Dokumente der CIA, die eine Beteiligung des amerikanischen Geheimdienstes im Umfeld des Militärputsches von 1973 belegen.

Zuletzt kam dann noch das argentinische Gesuch um Auslieferung Pinochets hinzu, welches im Zusammenhang der Ermittlungen über die Ermordung des ehemaligen Oberkommandierenden des Heeres, Prats, steht.

Auch wenn es als unwahrscheinlich gilt, dass diesem Gesuch stattgegeben wird, ist über Pinochet, der keine parlamentarische Immunität mehr genießt, zunächst ein Ausreiseverbot verhängt worden. Dies hat zwar keine praktische Bedeutung, da er ohnehin nicht reisen kann, wirkt sich aber weiter psychologisch im Sinne einer weiteren Demontage seines Ansehens aus.

## ■ Wahlkampf

Der Kommunalwahlkampf stand ganz im Zeichen der einzelnen Personen bzw. Kandidaten. Wie von vielen Umfrageexperten zutreffend nach der Präsidentschaftswahl analysiert und prognostiziert<sup>2)</sup>, spielte im Wahlkampf die Parteizugehörigkeit der einzelnen Kandidaten nur eine untergeordnete Rolle. Die sogenannte Lavinisierung, d.h. die Imitation des Wahlkampfstils Lavins bei der Präsidentschaftswahl mit viel Show und einem Stil, der sich auf den Satz verkürzen lässt: „Ich bin dein Kandidat, weil ich deine konkreten Probleme lösen werde“, setzte sich weitestgehend im Wahlkampf durch.

Die Wahlwerbung konzentrierte sich demzufolge auch im Wesentlichen auf den direkten Kontakt der

2) Vgl. Konrad Adenauer Stiftung (Hg.), *¿Cómo ganar una elección? Un nuevo paradigma en la comunicación política*, Santiago de Chile, Nov. 2000.

Kandidaten mit den Wählern in Form von Hausbesuchen, kleinen Gesprächskreisen, etc.

Massenkundgebungen blieben fast vollständig aus, auch das Medium Fernsehen spielte diesmal keine Rolle.

### ■ Ergebnisse

Am 29. Oktober standen in den 341 Kommunen des Landes Wahlen an, wobei in Chile keine direkten Bürgermeisterwahlen stattfinden.

Gewählt werden die Stadträte (concejales), wobei der Kandidat mit dem höchsten Stimmenanteil (vorausgesetzt, sein Wahlbündnis erzielt mindestens 30 Prozent der Stimmen) automatisch Bürgermeister wird.

Dieses Wahlsystem zwingt zu einem ausgesprochen disziplinierten Verhalten innerhalb einer Koalition, da man Gefahr läuft, die Gesamtstimmen auf mehrere gute oder rivalisierende Kandidaten zu verteilen und so, trotz Mehrheit der Koalition, das Rennen um das Bürgermeisteramt zu verlieren, wenn es der Konkurrenz gelingt, ihre Stimmen auf einen Kandidaten zu konzentrieren.

Angesichts der weitreichenden Befugnisse des Bürgermeisters und der eingeschränkten Interventionsmöglichkeiten des Stadtrates ist es aus machtpolitischem Kalkül ganz eindeutig prioritär, eine hohe Anzahl von Bürgermeisterposten zu gewinnen, auch wenn dies zu Lasten der Stadträte geht.

Bei der Aufstellung der Kandidaten kam es deshalb lange vor der Wahl zu komplizierten und zum Teil konfliktgeladenen Diskussionen innerhalb der Koalitionen, mehrheitlich jedoch innerhalb der Concertación hinsichtlich der Nominierung der Kandidaten.

Die Herausforderung war eindeutig: Es galt, jeweils einen Kandidaten pro Koalition zu privilegieren, d.h. als Kandidaten für das Bürgermeisteramt zu profilieren, hinter den die Ansprüche der übrigen Kandidaten derselben Koalition in den Hintergrund treten mussten, um eine Stimmenkonzentration auf eine Person zu gewährleisten.

Diese Aufgabe war grundsätzlich in der homogeneren Koalition der rechten Opposition (Alianza por Chile, RN und UDI) einfacher als in der Regierungskoalition (Concertación), dessen Zusammen-

setzung mit Christdemokraten (PDC), Sozialdemokraten und Sozialisten (PPD, PS, PRSD) sowie der neuen liberalen Partei per se heterogener und von daher anfälliger war für interne Konkurrenzkämpfe, was bereits im Wahlkampf an vielen Stellen erkennbar war.

Zur Wahlbeteiligung ist festzustellen, dass von den 8 089 613 amtlich eingetragenen wahlberechtigten Bürgern 7 018 816 zur Wahl erschienen, was einer Wahlbeteiligung von 86,76 Prozent entspricht. Dies berücksichtigt jedoch nicht die potenziellen Wähler, deren Zahl auf rund 1,8 Millionen geschätzt wird.<sup>3)</sup> Gültig waren 6 452 378 Stimmen, dies sind 79,76 Prozent der wahlberechtigten Bürger.

Im Vergleich liegt diese Zahl knapp über den gültigen Stimmen bei der letzten Kommunalwahl 1996 (6 738 859), deutlich über der Parlamentswahl 1997 (5 795 773) und klar unter der Zahl bei der Präsidentschaftswahl 1999 (7 055 128).

Die Befürchtung, dass sich die oben beschriebenen Rahmenbedingungen in einer massiven Wahlenthaltung oder Abgabe ungültiger Stimmen ausdrücken würde, bewahrheitet sich demnach angesichts dieser Zahlen nicht.

Es war vielmehr erkennbar, wie die nachfolgenden Zahlen zeigen, dass die Wähler sich sehr konsequent und eindeutig für „ihre“ Kandidaten entschieden, ungeachtet deren parteipolitischer Zugehörigkeit, und sich auch nicht in koalitionsinterne Zwänge pressen ließen.

Insgesamt fünf Listen oder Koalitionen traten mit ihren Kandidaten zur Wahl an:

Liste A: Humanisten und ökologische Bewegung

Liste B: Die Linke (Kommunistische Partei)

Liste C: Alianza por Chile (RN, UDI)

Liste D: Centro Centro (UCC)

Liste E: Concertación de Partidos por la Democracia (PDC, PPD, PS, PRSD, PL)

Hinzu kommen noch einige wenige unabhängige Kandidaten.

3) Mit der Volljährigkeit (18 Jahre) erwerben die Chilenen das Recht, sich ins Wahlregister eintragen zu lassen. Dies ist freiwillig. Einmal eingetragen, besteht Wahlpflicht. Bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung ist deshalb immer dieser Faktor der formal und der potenziell Wahlberechtigten zu berücksichtigen.

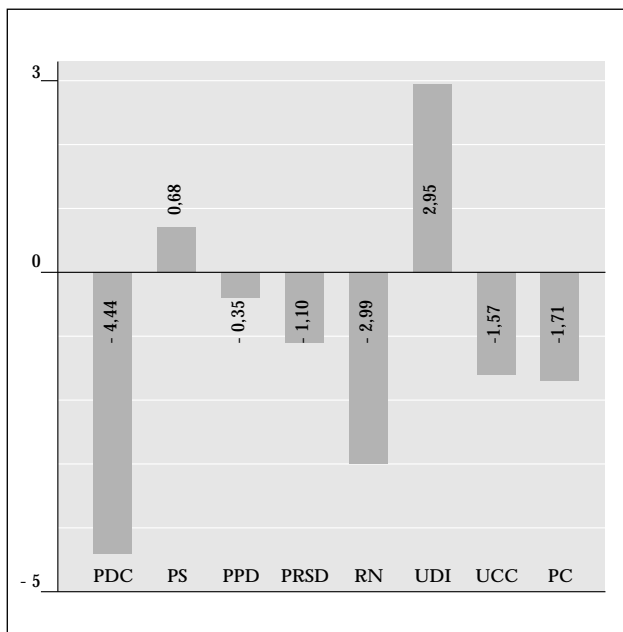
Das vorläufige amtliche Endergebnis lautete wie folgt:

**■ Kommunalwahlen Chile**

	1996 in %	2000 in %
PDC	26,04	21,60
PS	10,6	11,28
PPD	11,75	11,40
PRSD	6,51	5,41
Unabh. Concertación	1,18	2,42
ZS Concertación	56,08	52,11
UDI	12,96	15,91
RN	18,55	15,56
Unabh. Alianza	0,99	8,63
ZS Alianza por Chile	32,5	40,10
PC + Unabh. Liste B	5,91	4,20
Sonstige	5,51	3,59
<b>Gesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>

Vorläufiges amtliches Endergebnis des Ministerio del Interior in <http://www.elecciones.gov.cl>

**■ Gewinn-Verlust-Rechnung  
Kommunalwahlen  
1996-2000**



Diese landesweit erzielten Ergebnisse der erhaltenen Stimmen lassen auf Grund des oben beschriebenen Wahlrechts jedoch kein Schlüsse auf die jeweils gewonnenen Bürgermeisterposten zu.

Als vorläufiges Ergebnis kann jedoch festgehalten werden (in Klammern Veränderung gegenüber 1996):

Alianza por Chile:	164 (+ 36)
Concertación:	171 (- 21)
UCC:	2 (- 3)
PC:	1 (- 1)
Unabhängige:	3 (- 11)

Im Falle der Christdemokraten kann festgehalten werden, dass sich von den ursprünglich 102 Bürgermeistern (1996) 91 zur Wiederwahl stellten, davon jedoch nur 59 siegreich waren. Die Verluste gingen mehrheitlich an die Opposition (24), z.T. wurde jedoch auch koalitionsintern (8) verloren. Neu hinzugewonnen wurden insgesamt 29 Kommunen, so dass die Bilanz bei minus 14 endet. Sie bleiben damit sowohl prozentual als auch anteilig mit Bürgermeistern stärkste politische Kraft auf kommunaler Ebene.

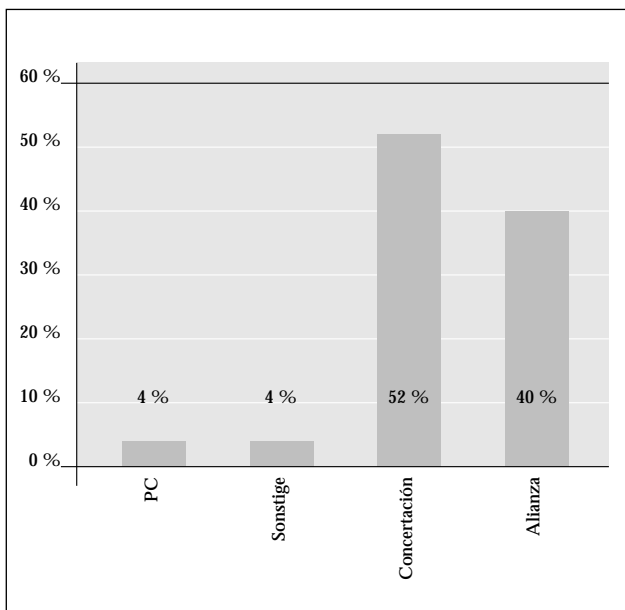
Diese Statistik täuscht jedoch über ein Phänomen hinweg: Kommune ist nicht gleich Kommune. Es wurden von Seiten der Concertación und auch der Christdemokraten Kommunen wie La Florida (Duarte, PDC), Estación Central (Pareto, PDC), Huechuraba (Prats, PPD), Recoleta (Moreno, PDC) und Concepción (Ulloa, PS) verloren, die hinsichtlich Einwohnerzahl und finanziellem Volumen weit aus schwerer wiegen als die neu gewonnenen, relativ kleinen Kommunen.

Insbesondere im Großraum Santiago, angeführt vom eindeutigen Sieg Joaquín Lavins über Marta Larraechea (PDC, Gattin des Expräsidenten Eduardo Frei) mit 66 Prozent zu 29 Prozent, der damit seinen Führungsanspruch in Richtung Präsidentschaftswahlen 2005 deutlich untermauerte, büßte die Concertación klar ein. Von den 34 Kommunen in der Región Metropolitana verloren sie von ehemals 25 insgesamt zwölf, davon allein elf an die UDI. Die Alianza por Chile stellt damit mit insgesamt 21 Bürgermeistern klar die Mehrheit in diesem Großraum, in dem rund 40 Prozent der Chilenen leben.

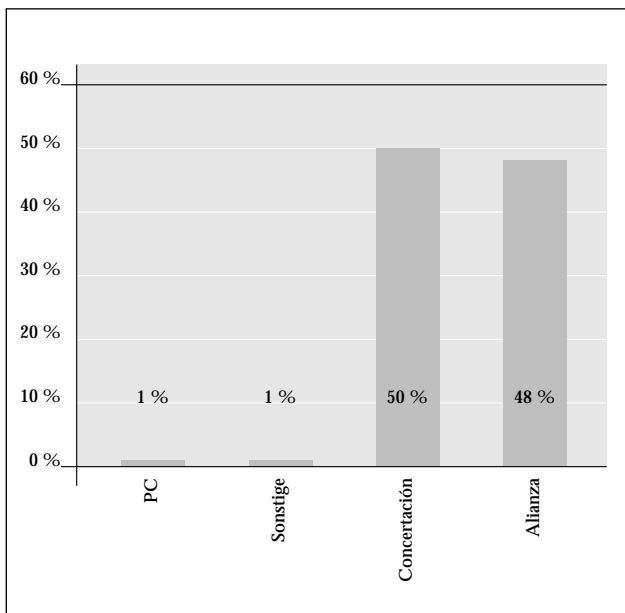


Landesweit ausgedrückt sieht die Verteilung wie folgt aus:

**■ Stimmenanteile  
Kommunalwahl 2000**



**■ Anteil Bürgermeister  
in Prozent**



## ■ Bewertung

Am Tag nach der Wahl wurden (erwartungsgemäß) auf beiden Seiten, Regierung und Opposition muntere Rechenspiele betrieben, die jeweils nur Gewinner hervorbrachten. Und in der Tat kann man bei diesem Wahlsystem fast nach Belieben Zahlen drehen und wenden, bis sie ins jeweilige Stimmungsbild passen.

*Einige Beispiele:*

Auf Seiten der Concertación:

Die Concertación erzielt auch nach über zehn Jahren Regierung noch ein hervorragendes Ergebnis mit über 52 Prozent. Die Christdemokraten sind allen Unkenrufe zum Trotz nach wie vor stärkste Partei des Landes. Die Opposition fällt deutlich hinter das Ergebnis von Lavín bei der Präsidentschaftswahl (48 Prozent) zurück.

Auf Seiten der Opposition:

Die Opposition (Alianza por Chile) erzielt herausragende Zuwächse bei den Bürgermeister und regiert auf kommunaler Ebene nun die Hälfte des Landes. Sie legt deutlich (acht Prozent) gegenüber der letzten Kommunalwahl zu.

Eine objektivere Betrachtung hingegen lässt einige relativ eindeutige Schlussfolgerungen zu:

Richtig ist, dass ein Stimmenanteil für die Concertación von 52 Prozent und ein zwölfprozentiger Abstand zur Opposition beachtlich ist. Wenn sich dies allerdings nicht in der Anzahl der Bürgermeister niederschlägt (und darum ging es nun einmal vorrangig bei dieser Kommunalwahl), so müssen die Ursachen erforscht werden. Diese liegen auf der Hand: Die Opposition hat das Wahlsystem richtig interpretiert und in eine konsequente Koalitionsstrategie umgesetzt.

Die eindeutige Herausstellung von Kandidaten hatte in den meisten Fällen Erfolg. Die Concertación hingegen verlor die Mehrzahl ihrer Kandidaten auf Grund koalitionsinterner Machtkämpfe. Anders ist es nicht zu erklären, dass sie zwar in 231 Kommunen insgesamt mehr Stimmen als die Opposition erzielt hat, letztlich aber nur in 171 den Bürgermeister stellt.

Auch von den 61 Kommunen, in denen die Concertación die absolute Mehrheit stellte, gingen 21 an die Opposition verloren.

Die Opposition hingegen gewann 164 Bürgermeister, obwohl sie nur in 106 Kommunen die Mehrheit erzielte (als Koalition).

Man kann lange darüber spekulieren, ob dieses Wahlsystem besonders glücklich oder gerecht ist. Die Parteien wussten jedoch, unter welchen Voraussetzungen sie antraten, und die Alianza por Chile hat hieraus das Beste gemacht.

Ferner wird deutlich, dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Blöcke weiter verschieben.

Bei der Opposition hat (nach der Parlamentswahl 1997) nun auch auf kommunaler Ebene eben die UDI mit der RN gleichgezogen und profiliert sich damit eindeutig als führende Kraft innerhalb der Opposition. Die herausragende Figur Joaquín Lavín (der zwar seine Parteimitgliedschaft konsequent verdeckt, aber nicht leugnen kann) trägt ein Übriges zu dieser Situation bei.

Innerhalb der Concertación verlieren die Christdemokraten weiter an Boden, wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie von vielen befürchtet wurde.

Innerhalb der Christdemokraten wird es als besonders schmerzlich empfunden, dass bekannte Führungsfiguren zu den Verlierern gehörten und auch die deutliche Niederlage von Marta Larraechea und damit der Verlust der politisch wichtigen Kommune Santiago-Mitte waren Elemente, die parteiintern zu heftigen Diskussionen führten.

Als ausgesprochen angespannt gilt derzeit die Stimmungslage innerhalb der Concertación. Die Vorwürfe insbesondere der PDC in Richtung PPD (in den meisten Fällen mehr als berechtigt), sich nicht an die koalitionsinternen Absprachen gehalten und damit wesentlich zum Stimmensplitting beigetragen zu haben, was in vielen Fällen die Wahlniederlagen trotz Stimmenmehrheit der Koalition erklärt, sind von einer Schärfe, die deutlich macht, dass die Concertación derzeit Mühe hat, eindeutige gemeinsame Nenner zu definieren.

Mit der Parlamentswahl im nächsten Jahr ante portas sieht das Panorama in der Regierungskoalition derzeit wenig erfreulich aus, auch wenn man sich bemühte, nach außen den auf 52 Prozent der

Stimmen gegründeten Optimismus zur Schau zu stellen.

Der Opposition ist es gelungen, sich vom Reiche-Leute-Image teilweise zu lösen. Der Wahlsieg in Kommunen mit ausgeprägt niedrigeren Einkommen ist zweifelsohne ein Erfolg, stellt die Opposition nun aber auch vor die Herausforderung, ihre zum Teil sehr populistischen Wahlversprechen (Lösung des Arbeitslosenproblems auf kommunaler Ebene!) einzulösen oder dafür vom zunehmend selbstbewussten und zum Wechsel bereiten Wähler in Kürze schon wieder bestraft zu werden.

E-Mail: [kaschile@entelchile.net](mailto:kaschile@entelchile.net)